



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie



Eckpunkte für eine Strategie „Intelligente Vernetzung“

Mehr Leistung, höhere Qualität –
Öffentliche Basissysteme optimieren

1. Einführung

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) werden zunehmend zur umfassenden und alltäglichen Erfahrung. Sie verändern die Art und Weise, wie Menschen sich miteinander austauschen können. IKT durchdringen die Arbeitsumgebung und die Gesamtwirtschaft. Die Digitalisierung ist neben dem demografischen Wandel und der Energiewende eine der zentralen gesamtwirtschaftlichen, gesellschaftlichen und damit auch politischen Gestaltungsaufgaben.

Die Möglichkeiten der Digitalisierung inspirieren zu bis vor kurzem noch unmöglich erscheinenden Ideen und Entwicklungen in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen. Die Vernetzung von Akteuren sowie die Digitalisierung von Informationen sind die beiden Treiber dieser Veränderungen. Im Zusammenspiel ermöglichen sie eine Vielzahl von Innovationen sowohl durch neu gegründete Start-ups als auch etablierte Mittelstandsunternehmen sowie durch weltweit agierende Konzerne.

Die Bundesregierung wird daher ressortübergreifend eine umfassende **Digitale Agenda 2014 – 2017** beschließen und sie gemeinsam mit Wirtschaft, Tarifpartnern, Zivilgesellschaft und Wissenschaft umsetzen. Die verschiedenen Handlungsstränge und Akteure sollen in dieser Agenda zusammengeführt werden.

Ein Handlungsstrang der Digitalen Agenda betrifft die digitale Wirtschaft. Mit der Digitalen Agenda sollen Wachstumsstrategien für die digitale Wirtschaft und IKT-Industrie im globalen Wettbewerb sowie für sämtliche Wirtschaftszweige unserer Volkswirtschaft entwickelt werden.

Dies gilt insbesondere für die Bereiche Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und öffentliche Verwaltung. In diesen Basissektoren können durch **systematische Digitalisierung vorhandener Infrastrukturen und Informationen sowie branchenübergreifende Vernetzung der Akteure, die Nutzung innovativer Technologien und Anwendungen sowie eine stärkere Nutzerorientierung (Intelligente Vernetzung)** Leistungssteigerungen, Effizienzgewinne und unternehmerisches Wachstum erzielt werden.

In den Anwendersektoren (Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung) bestehen in weiten Teilen ähnliche Interessenlagen und Fragestellungen, etwa bei Datenschutz und Datensicherheit, Nutzerauthentifizierung, Datenplattform-Architekturen, Standardisierung und Normung. Durch eine übergreifende Koordination können

daher Synergien gehoben werden. Hierfür bedarf es der Offenheit, Flexibilität und Bereitschaft zur Kooperation über Branchengrenzen hinweg.

Während innovative Technologien viele Menschen beflügeln und neue Möglichkeiten eröffnen, sind mit dem rasanten Fortschritt gleichzeitig Bedenken gegen die Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsumgebung verbunden. Diese Unsicherheiten und Zweifel sind ernst zu nehmen. Die Chancen und Risiken, individuell und gesamtgesellschaftlich, sind in einem umfassenden Kommunikationsprozess zu erörtern und zu analysieren, in den sich alle Interessierten einbringen können.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) wird deshalb als ein Kernvorhaben im Handlungsstrang digitale Wirtschaft der Digitalen Agenda gemeinsam mit anderen Ressorts sowie in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen, Wirtschaft (Unternehmen und Gewerkschaften), Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Anwendern eine Strategie „Intelligente Vernetzung“ erarbeiten und umsetzen. Flankierend zu diesem Prozess hat das BMWi eine Best-Practice-Studie in Auftrag gegeben und zur breiten Unterstützung des Strategieprozesses eine kombinierte Studien- und Workshopreihe (Fachdialog) aufgesetzt.

Diese Eckpunkte fassen die Ziele und Maßnahmenvorschläge aus Sicht des BMWi zusammen und sollen die weitere Diskussion anregen sowie inhaltlich strukturieren. Sie sind ein Meilenstein in der Anfangsphase eines Prozesses und sollen Orientierung geben für alle Interessierten.

2. Zielbild

Ziel des Strategieansatzes ist, im gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Interesse einen Beitrag zur Wohlstandssteigerung durch eine optimale Nutzung der durch Digitalisierung und Vernetzung eröffneten Möglichkeiten für Basissysteme unseres Gemeinwesens zu leisten.

Eine Wirtschaftspolitik, die die Digitalisierung und Vernetzung nicht allein als ökonomisches Phänomen begreift und die gesellschaftspolitische Dimension beachtet, kann dabei unterstützen, gewisse Funktionsstörungen auf den spezifischen Märkten und Sektoren (bereichsübergreifende Kosten-Nutzen-Effekte, Informations- und Koordinationsmängel) zu beheben, um Akzeptanzfragen in den relevanten Bereichen durch Transparenz und Beteiligung zu klären und die gesellschaftspolitische Diskussion voranzubringen.

Mit auf einem strategischen Konzept beruhenden Maßnahmen können Wachstumspotenziale nicht nur für die IKT-Branche erschlossen werden. Dabei ist es nicht das Ziel, einen branchenspezifischen Maximierungsansatz zu verfolgen, sondern Impulse für die Gesamtwirtschaft und für die gesellschaftliche Entwicklung zu geben.

Das BMWi strebt bei der Unterstützung der Digitalisierung und Vernetzung wettbewerbliche Vielfalt an und misst optimierten Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen einen großen Stellenwert bei. Von sektorübergreifenden Kooperations- und Innovationsbündnissen können erhebliche Fortschritte ausgehen. Mit zielgerichteten Unterstützungsmaßnahmen kann die internationale Vorreiterrolle weiter ausgebaut und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschlands in globalen Zukunftsmärkten gestärkt werden.

Der Ansatz des BMWi zielt zudem darauf, Nutzern und professionellen Anwendern durch Aufklärung und Partizipation selbstbestimmte, informierte Entscheidungen zu ermöglichen. Den Prinzipien der Freiwilligkeit und Souveränität kommt eine besondere Bedeutung zu.

Digitalisierung und Vernetzung sind Treiber eines umfassenden, dynamischen und komplexen Wandels. Noch stärker als bei Industrie 4.0 stellen sich in den hier adressierten Anwendersektoren Fragen über das Rollenverständnis zwischen den Akteursgruppen Staat, Wirtschaft (Unternehmen und Beschäftigte) und Gesellschaft. Diesen Prozess konstruktiv zu begleiten und voranzutreiben, ist daher ein weiteres Ziel dieser Strategie.

3. Strategischer Vierklang

Für die Verwirklichung des Zielbilds setzt das BMWi auf einen Vierklang von Aktionsfeldern:

- ▶ **Anwendungssektoren unterstützen**
Laufende Initiativen in den Anwendungssektoren sollen unterstützt werden. In den Bereichen Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung wurden bereits vielfältige Initiativen von einer Vielzahl von Akteuren ergriffen und werden umgesetzt. Treiber der Entwicklung sollen dabei verstärkt und Hemmnisse abgebaut werden.
- ▶ **Zusammenarbeit ausbauen**
Die Förderung einer intensiveren branchenübergreifenden Zusammenarbeit ist an geeigneten Stellen sinnvoll

und erforderlich, um der Komplexität der Digitalisierung und Vernetzung zu entsprechen und in weiten Teilen bestehenden ähnlichen Interessenlagen und Fragestellungen Rechnung zu tragen. Mit einer zielgerichteten Verknüpfung und Koordinierung können bereichsübergreifend Synergien genutzt werden.

- ▶ **Rahmenbedingungen verbessern**

Die Rahmenbedingungen sind zu verbessern, um Investitionen anzureizen und Hemmnisse zu beseitigen. Der Ausbau Intelligenter Netze ist sowohl mit sektorspezifischen als auch sektorübergreifenden Fragestellungen verbunden. Ein intersektoraler Ansatz ist unter anderem in den Bereichen Datenschutz und Datensicherheit, Nutzerauthentifizierung, Datenplattform-Architekturen, Standardisierung und Normung aussichtsreich.

- ▶ **Beteiligung stärken**

Die Beteiligung soll gestärkt werden. Ein partizipativer Prozess ist die Grundlage für eine hohe Bekanntheit und auch Akzeptanz. Je stärker die Lösungen akzeptiert und nachgefragt werden, desto größer sind die Entfaltungsräume für die Potenziale intelligenter Vernetzung. Jeder soll sich mit seinen Interessen in den Prozess und die Lösungsfindung einbringen können.

4. Strategiegrundsätze

Im Hinblick auf die Vielzahl und Vielfalt an Akteuren auf verschiedenen Ebenen ist eine frühzeitige Einbindung aller Beteiligten unerlässlich. Über zielgerichtete Kommunikation sollen die Bekanntheit und Sichtbarkeit der Digitalisierungsinitiativen gesteigert, mit einem Kompetenzzentrum eine einheitliche Anlaufstelle geschaffen und eine Innovationsplattform für eine strukturierte Einbindung aller Akteure, Betroffenen und Interessierten aufgesetzt werden.

Der vom BMWi entwickelte Strategieansatz beruht auf folgenden Grundsätzen:

- ▶ **Partizipation und Freiwilligkeit**

Die Mitwirkung an dem Prozess erfolgt auf freiwilliger Basis. Sinnvolle und nachhaltige Ergebnisse sind nur dann zu erzielen, wenn alle relevanten Akteure aus Überzeugung mitmachen und kooperationswillig sind. Das BMWi setzt hierbei auf eine gewisse Sogwirkung und Attraktivität des Prozesses. Jeder, der sich einbringen und das Ziel einer gesamtwirtschaftlich und gesellschaftspolitisch optimalen Nutzung der IKT-Potenziale

unterstützen möchte, wird eingebunden. Beteiligung und Teilhabe sind zu ermöglichen, Akteure sind aktivierend anzusprechen und zur Mitwirkung einzuladen.

► **Offenheit und Transparenz**

Innovationsprozesse sind Entdeckungsverfahren, bei denen zu Beginn das Ergebnis nicht feststeht. Um Kreativität und Dynamik Raum zur größtmöglichen Entfaltung zu geben, ist der Prozess offen angelegt. Sach- und Verfahrensinformationen – mit Ausnahme von Betriebs-, Geschäfts- oder Amtsgeheimnissen – werden von allen Akteuren möglichst umfassend transparent bereitgehalten. Offener Informationsaustausch ist die Grundlage einer stärkeren Zusammenarbeit, vor allem über tradierte Sektorgrenzen hinweg, und beflügelt Innovationsprozesse.

► **Sichtbarkeit**

Konzepte, Akteure und Maßnahmen sollen sichtbar sein. Die Prozesse sind von Anfang kommunikativ zu begleiten. Wahrnehmbarkeit ist Voraussetzung für Bekanntheit, Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz. Idealerweise regen sichtbare Prozesse zur Mitwirkung und Nachahmung an und tragen zur Weiterverbreitung intelligenter Vernetzung bei.

► **Monitoring**

Mit einem fortlaufenden, periodischen Monitoring werden Stand der Umsetzung, weiteres Vorgehen und Weiterentwicklungsbedarf dokumentiert. Das Monitoring gewährleistet Transparenz, ermöglicht konstruktive Kritik und stellt somit Qualitätskontrolle sicher.

5. Anwendungssektoren unterstützen

In den Anwendungssektoren gibt es bereits eine Vielzahl an Best-Practice-Beispielen von etablierten Unternehmen ebenso wie von kleinen Start-ups. Auch die öffentliche Hand hat Initiativen ergriffen, um Leistung und Effizienz durch eine verstärkte Nutzung der IKT zu steigern. Eine Best-Practice-Studie zeigt: Kaum ein anderes Land bietet bereits eine so breite und vielfältige Projektlandschaft wie Deutschland.

Um diese positive Entwicklung anzutreiben, wurden bereits politische Initiativen wie die eHealth-Initiative des BMG, der IVS-Aktionsplan des BMVI oder die E-Government-Strategie des BMI auf den Weg gebracht.

Ziel muss es sein, dass bestehende Initiativen und Strategien zur Einführung von IKT in den Anwendungssektoren weiter unterstützt werden, indem Treiber verstärkt und Hemmnisse abgebaut werden. Die Qualifikation bei professionellen Anwendern kann etwa durch zielgerichtete Fachkräfteinitiativen und Anpassungen bei Ausbildungsordnungen gesteigert werden.

Hierzu wird das BMWi die enge Abstimmung mit den zuständigen politischen Akteuren auf allen Ebenen (Europa, Bund, Länder, Kommunen) suchen. Die bereits eingesetzte ressortübergreifende Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Strategie wird für die Umsetzungsphase beibehalten.

6. Zusammenarbeit ausbauen

Über alle Bereiche betrachtet und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Ansätze nimmt Deutschland bei Digitalisierung und Vernetzung volkswirtschaftlicher Basisinfrastrukturen weltweit einen vorderen Platz ein. In Teilen weisen andere Länder allerdings eine höhere Dynamik auf. Um einen erzielten Vorsprung auszubauen oder an Vorreiter anzuschließen, ist ein branchenübergreifender Ansatz nötig, damit Synergiepotenziale ausgeschöpft und Exportchancen für die deutsche Wirtschaft genutzt werden können.

Mit einer verstärkten Zusammenarbeit der Akteure können Nutzenpotenziale schneller gehoben werden, insbesondere durch eine intensiviertere sektorübergreifende Kooperation der Anbieter von Intelligenzen Anwendungen und Diensten. Im Fokus einer engeren Zusammenarbeit steht nicht nur der gegenseitige Austausch über fertige Lösungen als Lernerfahrung, sondern auch die Schaffung eines Umfelds, aus dem mehr Initiativen für branchenübergreifende Projekte erwachsen können.

Das BMWi wird die Initiative ergreifen und laufende Strategien wie die IKT-Strategie „Deutschland Digital 2015“ mit dem Ziel der aktiven Unterstützung kooperativer Ansätze fortentwickeln.

Des Weiteren wird das BMWi den IT-Gipfel als zentrale Dialogplattform von Wirtschaft und Bundesregierung zur Umsetzung der Digitalen Agenda stärken und perspektivisch weiter ausbauen.

Zudem wird das BMWi Best-Practice-Anwendungsfälle systematisch aufbereiten und in einer Online-Landkarte darstellen. Eine umfassende und strukturierte Darstellung von Best-Practice-Anwendungsfällen verdeutlicht Hemmnisse

und Treiber der Entwicklung. Zudem kann eine systematisierte Präsentation von Best-Practice-Beispielen Gründern und Investoren Hilfestellung bei der Planung und Umsetzung eigener Vorhaben geben. Eine flächendeckende Verbreitung von Angeboten kann durch Replikation regionaler Projekte und Entwicklungen in anderen Gebieten unterstützt werden, gegebenenfalls auch durch sektorenübergreifend mustergültige Projekte.

Schließlich wird das BMWi eine Plattform für einen breit angelegten Dialogprozess aufsetzen, in dem bereichsübergreifend Akteure und Nutzer gemeinsam Chancen und Risiken, Treiber und Hemmnisse diskutieren. Mit diesem umfassenden, dauerhaften Dialogprozess soll ein praxisrelevanter und innovationsfördernder Austausch institutionalisiert werden.

7. Rahmenbedingungen verbessern

Rahmenbedingungen können verbessert werden, die im Querschnitt alle Anwendungssektoren berühren. Anreize für Investitionen sind ebenso zu setzen wie Investitionshemmnisse zu beseitigen sind. Der Staat muss insbesondere seiner Verantwortung für öffentliche Ressourcen (Nummerierung, Funkfrequenzen) nachkommen und durch offene Standards Wettbewerb und Interoperabilität gleichermaßen gewährleisten.

Neben der Optimierung der Investitionsanreize sind auch die Randbedingungen für Anwender und Nutzer zu verbessern. Digitalisierung und intelligente Vernetzung zeichnen sich vor allem durch die Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe von Daten aus. Für die Interoperabilität von Geräten und Anwendungen sind standardisierte Schnittstellen notwendig.

Internationale Standards gewähren europa- und weltweite Interoperabilität von Geräten und Diensten. Grenzüberschreitende Märkte erleichtern die Mobilität der Nutzer und generieren ökonomische Skaleneffekte. Die Entwicklung transnationaler technischer Rahmenbedingungen ist daher weiter zu unterstützen. Die Europäische Kommission hat gemeinsam mit der „European Multi-Stakeholder-Platform on ICT Standardisation“ einen Ausbauplan („Rolling Plan“) ausgearbeitet, um europaweit Standardisierungsprozesse zu unterstützen.

Das BMWi wird Standardisierungsprozesse weiter unterstützen und auf eine stärkere Fokussierung auf den Bedarf intelligenter Vernetzung hinwirken. Hierfür wird die Bun-

desnetzagentur gebeten, den Standardisierungsbedarf systematisch zu erheben und Vorschläge für Initiativen zu unterbreiten.

Viele Anwendungen können ihre Stärken ortsungebunden entfalten. Vor allem die rasante Entwicklung bei Smartphones und anderen mobilen Endgeräten ermöglicht die Nutzung dort, wo man sich gerade befindet. Diese Flexibilität und Mobilität ist nur mit einer leistungsfähigen Funkanbindung möglich. Produkt- und Anwendungsinnovationen können mit einer vorausschauenden, anforderungsgerechten frequenzregulatorischen Planung unterstützt werden.

Die Bundesnetzagentur sollte gebeten werden, frequenzregulatorische Eckpunkte für eine bedarfsgerechte und aktivierende Bereitstellung von Funkfrequenzen zu erarbeiten.

Im Kern geht es bei der Strategie um digitalisierte und vernetzte Daten. Daher ist der Schutz privater Daten bei Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe ein entscheidender Erfolgsfaktor. Nutzer müssen Anwendungen vertrauen können, damit diese genutzt werden. Datenschutzregelungen müssen daher transparent und verständlich sein, damit Nutzer selbstbestimmt über die Verwendung ihrer Daten verfügen können. Gleichzeitig müssen professionelle Anwender befähigt werden, Geschäftsmodelle und -abläufe zu entwickeln. Hierfür sind Informationsangebote über Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten bereitzuhalten.

Neben Datenschutz kommt auch der Datensicherheit eine große Bedeutung zu. Speicherung und Transport sind vor unbefugten Zugriffen abzuschirmen. Chancen und Risiken sind sorgfältig abzuwägen. Je größer die Schutzwürdigkeit der Daten ist, desto undurchdringlicher müssen die Schutzmaßnahmen sein.

IKT sind Treiber von umwälzenden Entwicklungen in den Anwendungssektoren Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung. Die dynamischen Prozesse stellen Akteure vor neue Fragen und Herausforderungen. Hieraus resultiert ein hoher Bedarf an Forschung und Entwicklung für technische Lösungen und Instrumente für die komplexen Prozesse und damit verbundener Fragen für die Gestaltung von rechtlichen Rahmenbedingungen, Geschäftsmodellen und Akzeptanz für die Konvergenz intelligenter Infrastrukturen. Übergreifende Themen im Rahmen der F&E-Aktivitäten des BMWi sind beispielsweise:

- ▶ Kompatibilität, Schnittstellen, Standards
- ▶ Sicherheit und Verfügbarkeit
- ▶ Übergreifende Prozesse, Geschäftsmodelle und Dienstleistungen

Der Einsatz innovativer IKT in den Anwendungssektoren stellt neue Anforderungen an die professionellen Anwender. Das BMWi wird gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften den Fachkräftebedarf und Beschäftigungspotenziale ermitteln und entsprechende Qualifizierungsinitiativen vorantreiben.

8. Beteiligung stärken

Die Akzeptanz von innovativen Lösungen ist ein Schlüssel für die Entstehung von Nachfrage und Nutzung. Der Erfolg der Digitalisierung und Vernetzung hängt maßgeblich von den Faktoren Bekanntheit, Nutzen und Bedienfreundlichkeit ab.

Die Bekanntheit des Themas Intelligente Vernetzung ist in der Öffentlichkeit vor allem der Fachöffentlichkeit zu steigern. In den Anwendungssektoren sind Initiativen unter Schlagwörtern wie „E-Learning“, „E-Health“, „E-Energy“, „Smart grids“, „E-Government“ zwar geläufig. Mit der Schaffung eines übergreifenden Themenverständnisses kann eine noch größere Öffentlichkeitswahrnehmung erreicht werden.

Hierzu sind aktive und mobilisierende Maßnahmen zu ergreifen, um Informations- und Beratungsbedarfe zu erfüllen. Hierzu ist eine koordinierende Stellen auf Bundesebene einzurichten, die Aktivitäten auf allen staatlichen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen sowie Europa) und Selbstverwaltungseinrichtungen (Kammern, Innungen etc.) aufgreift, stärker sichtbar macht und miteinander vernetzt.

Akzeptanz, Nachfrage und Nutzungsaufnahme können durch eine frühzeitige Einbindung sämtlicher beteiligter Anwender und Nutzer maximiert werden. Durch einen organisierten und strukturierten Dialogprozess können Innovationspartnerschaften und ungewöhnliche Allianzen gebildet werden. Gemeinsame Ziel- und Problembeschreibungen sowie Lösungsentwicklungen unter Beteiligung von Herstellern, Netzbetreibern, Diensteanbietern, Anwendern und Nutzern zur gemeinsamen Lösungs- und Produktentwicklung im Zuge eines Open-Innovation-Ansatzes

können zu neuer, dauerhafter Wertschöpfung führen. Im Rahmen dessen sind Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken, Kosten und Nutzen in einem breiten öffentlichen Diskurs zu erörtern.

Das BMWi wird die weitere Entwicklung mit einer umfassenden Kommunikationsarbeit vorantreiben. Elemente dieser Öffentlichkeitsoffensive werden Messe- und Ausstellungsauftritte, Anzeigenkampagnen, Informationsschriften an Kammern, Innungen, Verbände und andere berufsständische Organisationen sowie professionelle Anwender sein; des Weiteren der Aufbau eines Internet-Portals zum Thema Intelligente Vernetzung. Als zentrale Informationsstelle wird ein „Kompetenzzentrum Intelligente Vernetzung“ eingerichtet.

Um die Bekanntheit und Wiedererkennung zu steigern, ist zu erwägen, eine übergreifende Dachmarke zu etablieren und möglicherweise auch zu einem Gütesiegel weiterzuentwickeln, das Sicherheit, Anwenderfreundlichkeit und Wirksamkeit angemessen berücksichtigt.

Akzeptanz, Nachfrage und Nutzungsaufnahme können durch eine frühzeitige Einbindung sämtlicher beteiligter Anwender und Nutzer maximiert werden. Durch einen organisierten und strukturierten Dialogprozess können – auch ungewöhnliche – Innovationspartnerschaften gebildet werden. Daher wird das BMWi einen Open-Innovation-Prozess initiieren und hierbei alle relevanten Akteure und Interessenten einbinden.

9. Monitoring

Mit einem fortlaufenden, periodischen Monitoring werden Stand der Umsetzung, weiteres Vorgehen und Weiterentwicklungsbedarf für die Strategie Intelligente Vernetzung dokumentiert. Das Monitoring stellt Transparenz über die Wirksamkeit von Maßnahmen her und stellt ein Instrument zur Qualitätskontrolle und Ausgabeneffizienz dar. Zudem ermöglicht ein Monitoring konstruktive Kritik.

Der hier vorgeschlagene Strategieansatz wirft zwei Besonderheiten auf, die es bei der Rahmensetzung eines Monitorings zu beachten gilt. Erstens wird diese Strategie auf eine Vielzahl von weiteren Umsetzungsmaßnahmen aus anderen Strategien verweisen und diese in einen übergreifenden Zusammenhang setzen. Erfolge und Wirksamkeit von Maßnahmen werden sich nicht durchgängig anhand von quantifizierbaren Kennzahlen messen lassen. Zweitens ist eine

Maxime dieses Strategieansatzes die Freiwilligkeit bei der Mitwirkung und Umsetzung, die in weiten Teilen unabhängig voneinander agieren können. Das Monitoring kann insofern ein Mittel zur Motivierung von Akteuren darstellen.

Das BMWi wird Anforderungen an ein Monitoring im Rahmen des Fachdialogs Intelligente Vernetzung in einem offenen Prozess erarbeiten. Im zweiten Kalendervierteljahr 2014 wird es hierzu einen Workshop geben, zu dem alle interessierten Kreise eingebunden werden.

10. Strategie der Bundesregierung

Die bisherige Debatte zeigt, dass die mit der Digitalisierung und Vernetzung in den Basissystemen Bildung, Energie, Gesundheit, Verkehr und Verwaltung verbundenen Herausforderungen mit einem sektorübergreifenden, kooperativen Ansatz am wirkungsvollsten gemeistert werden können. Das BMWi strebt daher eine Strategie der Bundesregierung an.

Das BMWi wird die weitere Erarbeitung der Strategie zügig vorantreiben, so dass noch im Sommer 2014 auf Basis eines kooperativen Ansatzes unter Einbindung der zuständigen Ressorts, von Ländern und Kommunen, Unternehmen und Gewerkschaften sowie Wissenschaft und Zivilgesellschaft ein Strategieentwurf vorgelegt werden kann.

